

5.1.91

In MÜNCHENHAGEN wird Blutkrebsrisiko untersucht

Entscheidungshilfe für Sanierung der Deponie

r. Hannover

Eine wissenschaftliche Untersuchung der Häufigkeit von Blutkrebs bei den Einwohnern der Landkreise Nienburg und Schaumburg hat das Sozialministerium in Hannover jetzt in Abstimmung mit dem Umweltministerium in Auftrag gegeben. Nachdem bereits zu Beginn des Jahres 1990 eine vergleichbare Studie im nordrhein-westfälischen Landkreis Minden-Lübbecke durchgeführt worden war, soll damit der Ring um die Sonderabfalldeponie MÜNCHENHAGEN geschlossen werden, teilte am Freitag das Sozialministerium mit.

Im Rahmen der Untersuchung soll die Frage geprüft werden, ob die Belastung durch Schadstoffe aus der Deponie bei den Anwohnern zu einem erhöhten Blutkrebsrisiko führt. Die Datenerhebung beginnt am 7. Januar 1991 und wird den Zeitraum von 1984 bis 1990 umfassen. Das mit der Durchführung beauftragte Institut wird mit Unterstützung der Ärzte-

kammer Niedersachsen, der Krankenhäuser, der niedergelassenen Ärzte und der Gesundheitsämter der betroffenen Landkreise alle in Frage kommenden Erkrankungsfälle ermitteln. Anschließend werden alle Daten nach den Auflagen des niedersächsischen Datenschutzgesetzes anonymisiert.

Darüber hinaus soll im Laufe des Jahres mit der Untersuchung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Kinder in den an die Deponie angrenzenden Gemeinden begonnen werden. Damit will die Landesregierung eine Forderung erfüllen, die namhafte Toxikologen bereits im Herbst 1988 anlässlich einer mehrtägigen Expertentagung in der Evangelischen Akademie Loccum erhoben hatten. Von den Untersuchungen verspricht sich die Landesregierung eine Entscheidungshilfe bei der Frage, ob die Sanierung der Sonderabfalldeponie MÜNCHENHAGEN ausreicht, um negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung auszuschließen.